



Vergabevorbemerkungen **Erläuterungen zum Verfahren**

Inhalt

1. Gesetzliche Grundlage	1
2. Beschreibung des gewählten Verfahrens	1
3. Verhandlung	1
4. Angebotsabgabe	2
5. Wertung	2
6. Sonstige vertragliche Vereinbarungen	3
7. Urkalkulation	3
8. Sicherheitsleistungen	3

1. Gesetzliche Grundlage

Die Gesetzliche Grundlage dieses Verfahrens ergibt sich aus § 75 a Abs. 2 GO NRW; hier:
„Satzung über die Vergabe von Bau-, Liefer- und Dienstleistungen der Stadt Würselen unterhalb
der Schwellenwerte gemäß § 106 GWB – Unterschwellenvergabe“
(<https://serviceportal.wuerselen.de/05 V-Satzung>)

2. Beschreibung des gewählten Verfahrens

- ☐ Ex Ante
- ☒ Öffentliche Ausschreibung
- ☐ Verhandlungs-/ freihändige Vergabe ohne Teilnahmewettbewerb
- ☐ Verhandlungs-/ freihändige Vergabe mit Teilnahmewettbewerb

3. Verhandlung

Grundsätzlich besteht die Möglichkeit in jedem Verfahren sowohl über Angebotsinhalte als auch angebotene Preise zu verhandeln. Die Stadt Würselen behält sich das Recht vor, den Auftrag auch auf der Grundlage der ursprünglichen Angebote zu vergeben, ohne Verhandlungen durchzuführen.

! Achtung: Vor diesem Hintergrund entfällt auch bei öffentlichen Bauausschreibungen die Information über die ungeprüften Submissionsergebnisse.

4. Angebotsabgabe

- (1) Falls Sie nicht die Absicht haben, ein Angebot abzugeben, bitten wir Sie uns schnellstmöglich hierüber zu unterrichten (entfällt bei öffentlichen Ausschreibungen).
- (2) Enthalten die Vergabeunterlagen nach Auffassung des Unternehmens Unklarheiten, Unvollständigkeiten oder Fehler, so hat es unverzüglich die Vergabestelle vor Angebotsabgabe elektronisch über den Kommunikationsraum des Vergabeportals darauf hinzuweisen.
- (3) Das Angebot ist zusammen mit allen erforderlichen Anlagen bis zum Ablauf der Angebotsfrist über die Vergabeplattform zu übermitteln.
- (4) Für das Angebot sind - soweit vorhanden - die vom Auftraggeber für das Vergabeverfahren zur Verfügung gestellten Formulare zu benutzen.
- (5) Es sind ausschließlich gängige Dateiformate zu nutzen (wie z.B. doc, pdf, xls, GAEB-Dateien). Der Bieter ist für den rechtzeitigen Angebotseingang verantwortlich.
- (6) Das Angebot muss vollständig sein; es muss die Preise und alle geforderten Angaben und Erklärungen enthalten; die Möglichkeit zu einer Nachforderung von Unterlagen im Sinne unserer Vergabesatzung bleibt unberührt.
- (7) Nachunternehmer sind im Formular „Nachunternehmerleistungen“ schon mit Angebotsabgabe zu benennen, sofern diese im Verfahren ausdrücklich zugelassen wurden.
- (8) Änderungen des Bieters an seinen Eintragungen müssen zweifelsfrei sein.
- (9) Änderungen und Ergänzungen an den Vergabeunterlagen, insbesondere der Leistungsbeschreibung und Vertragsbedingungen sind unzulässig. Das gilt insbesondere für eigene AGB des Auftragnehmers.
- (10) Bei elektronischer Angebotsabgabe ist das Angebot elektronisch in Textform nach § 126b BGB abzugeben oder ggf. in Ausnahmefällen auf Anforderung der Vergabestelle zu signieren.

Angebote, die die vorstehenden Voraussetzungen nicht erfüllen, werden ausgeschlossen.

5. Wertung

- (1) Sofern den Vergabeunterlagen keine gesonderten Kriterien (Matrix) beigelegt sind. Gilt als Zuschlagskriterium grundsätzlich der Preis (Gewichtung: 100%).
- (2) Werkstätten für Behinderte wird bei der Berechnung der Wertungssumme ein Bonus von 15 % eingeräumt. Ist ein Angebot, das von einer Werkstatt für Behinderte abgegeben wurde, ebenso wirtschaftlich wie ein anderes Angebot, so wird der Zuschlag auf das Angebot der Werkstatt für Behinderte erteilt. Der Nachweis der Eigenschaft als Werkstatt für Behinderte ist mit dem Angebot zu führen.

6. Sonstige vertragliche Vereinbarungen

Für die Durchführung von Bauleistungen findet grundsätzlich die VOB/B Anwendung. Abweichend davon gilt jedoch hinsichtlich der Länge der Gewährleistungsfristen die Regelung des BGB. Das heißt, anstelle der VOB/B-Fristen gelten die längeren Gewährleistungsfristen nach BGB.

7. Urkalkulation

- ☒ Wir bitten Sie, im Falle der Auftragserteilung um unmittelbare Aushändigung der Urkalkulation.

8. Sicherheitsleistungen

Sollten möglicherweise geforderte Sicherheitsleistungen in Form von Bürgschaften geleistet werden, so sind diese Bürgschaften, insbesondere Ausführungs- und Gewährleistungsbürgschaften, grundsätzlich in schriftlicher Form vorzulegen.

Abweichend hiervon können auch andere, im Geschäftsverkehr übliche Formen von Bürgschaften – insbesondere Bürgschaften mit faksimilierter oder maschineller Unterschrift sowie über Fax übermittelte Bürgschaftserklärungen – akzeptiert werden, sofern diese von einem Kreditinstitut oder Versicherungsunternehmen als kaufmännischem Bürgen im Betrieb seines Handelsgewerbes übernommen wurden und ihre Authentizität, Verbindlichkeit und Prüfbarkeit zweifelsfrei gewährleistet sind.

Die Entscheidung über die Akzeptanz einer Abweichenden Form trifft das zuständige Fachamt im Einzelfall, unter Berücksichtigung der vergaberechtlichen Grundsätze.“

Stadt Würselen/S30/ZVS